



# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

13. Jahrgang.

Mittwoch, 27. September 1933

Nr. 226.

## Konkordat mit SSSR?

Paris, 26. September. In den geplanten Verhandlungen über ein Konkordat zwischen dem Vatikan und Sowjetrußland meldet der römische Korrespondent des „Matin“, daß die zukünftige katholische Geistlichkeit, die nach Rußland gesandt werden soll, in Rom erzogen werden würde und ausnahmslos nur Personen ausgewählt werden würden, die keine Beziehungen zu dem ehemaligen zaristischen Regime in Rußland haben. Der Klerus müßte sich verpflichten, sich jeder antisowjetistischen Propaganda zu enthalten und keine Stütze für die Emigranten und Weiskrußen zu bilden.

## Goebbels paktiert mit Polen

Genf, 26. September. (Wolff.) Heute fand zwischen dem polnischen Außenminister Dr. Bed und dem Reichsaußenminister von Neurath sowie dem Reichspropagandaminister Dr. Goebbels eine Zusammenkunft statt, die Gelegenheit zu einer offenen Aussprache über die deutsch-polnischen Fragen bot. Sodann hatten die beiden deutschen Reichsminister im Laufe des Nachmittags mit dem Chef des politischen Departements der schweizerischen Bundesregierung Wotta eine Besprechung, in der ein Gedankenaustausch über allgemeinpolitische Fragen und über schwebende deutsch-schweizerische Angelegenheiten erfolgte.

## Bekennnis zum Kapitalismus

Hitlers Parteiprogramm von seinem Wirtschaftswirtschaftsminister erledigt.

München, 26. September. (Conti-Meldung.) Reichswirtschaftsminister Schmitt sprach sich auf einer hier stattfindenden volkswirtschaftlichen Tagung gegen eine Fortsetzung der deflationistischen Politik aus, aber auch gegen die Herbeiführung einer Inflation. In der Reichsregierung gibt es niemand, sagte er, der sich von der Morphiumspritze der Inflation einen Erfolg versprechen könnte. Der Reichswirtschaftsminister warnte dann vor allen Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen in der Wirtschaft. Als allgemeine Grundzüge für die Wirtschaftspolitik des Reiches bezeichnete der Minister, möglichst wenig zu zerschlagen, aber möglichst viel zu fördern und aufzubauen. Die Reichsregierung werde durch die in Gang befindliche Banken-Enquete ein tadelloses Funktionieren der Banken und Sparkassen zu erreichen suchen. Aufgabe des Staates gegenüber der Wirtschaft sei es, sie zu überwachen, aber nicht einzugreifen. Als weitere Aufgaben der Reichsregierung bezeichnete der Minister eine Ermäßigung der Steuerlast und eine Senkung des Zinsfußes der Anleihen auf einen erträglichen Stand. Ferner werde die Regierung dafür sorgen, daß das Lohn- und Preisniveau stabil bleiben.

## Dreißig legale Morde

Hagen, 26. September. (Anprek.) Das Hagener Sondergericht hat den antisozialistischen Arbeiter Schidzil zum Tode verurteilt. Schidzil und einige seiner Kollegen gerieten infolge einer nationalsozialistischen Provokation in eine Schlägerei. Durch einen Schuß wurde ein SA-Mann getötet. Von welcher Seite, konnte nicht aufgeklärt werden. — Diefes Todesurteil ist der dreißigste legale Mord, den die Hitlerjustiz verhängt.

## Hirtsteler im Konzentrationslager

Essen, 26. September. Wie die „Nationalzeitung“ meldet, ist der frühere Wohlfahrtsminister Hirtsteler, der in eine Korruptions-affäre verwickelt ist, ins Konzentrationslager gebracht worden.

## Dr. Bracht gestorben

Berlin, 26. September. Der frühere Reichsinnenminister Dr. Franz Bracht ist heute morgens in seiner hiesigen Wohnung nach langem Leiden gestorben. Bracht wurde als Nachfolger Dr. Luthers Oberbürgermeister von Essen. Im Jahre 1932 wurde er Reichskommissar für das preussische Innenministerium und später Reichsinnenminister im Kabinett Schleicher. Er wurde besonders bekannt durch den Zwidel-Erlog.

## Letzte Warnung vor einem Staatsstreich

### Ein Aufruf der österreichischen Sozialdemokratie

Wien, 26. September. Die österreichische Sozialdemokratie hat wegen des Ernstes der Situation heute einen Aufruf an das österreichische Volk erlassen, in dem sie darauf aufmerksam macht, daß die gegenwärtige Regierung alles zum Staatsstreich vorbereitet hat und daß die Verordnung über die Konzentrationslager eine Nachahmung der deutschen Verhältnisse in Oesterreich bedeutet. Die Unabhängigkeit Oesterreichs ist durch Deutschland bedroht und nur dies ist der Grund, daß die österreichische Arbeiterklasse bisher die größte Selbstbeherrschung an den Tag gelegt hat. Aber die Arbeiterklasse wird es nicht zulassen, daß von anderer Seite eine Situation herbeigeführt wird, die der in Deutschland gleich ist. Die Arbeiter, die bereit waren, Oesterreich vor den braunen Banden Hitlers zu schützen, haben das furchtbare Schicksal ihrer deutschen Brüder vor sich. Sie erklären nochmals, in jeder Stunde, daß sie, durch dieses Schicksal belehrt,

nicht kampfflos dem Faschismus erliegen werden. Die Regierung möge sich darüber klar sein, che sie das Land in Kampf und Wirren stürzt.

## Ueber Konzentrationslager

darf man nicht schreiben!  
Für die Lage in Oesterreich ist übrigens bezeichnend, daß die Zeitungen heute von der Pressepolizei angerufen wurden und ihnen streng verboten wurde, über die Konzentrationslager auch nur ein einziges Wort zu schreiben. Selbst die Erwähnung des Namens Konzentrationslager soll mit Beschlagnahme beantwortet werden.  
Wie man hört, ist dies darauf zurückzuführen, daß die Nachahmung der reichsdeutschen Konzentrationslager dem Bundeskanzler Dollfuß in Genf Unannehmlichkeiten bereitet hat.

## Aufwiegelung gegen die Staatsform und gegen die tschechische Nation

## Fabrikant Klinger — Führer der Joachimsthaler Nazi

### 1 1/2 Jahre Kerker nach dem Schutzgesetz — Musiker Florl 1 Jahr

Pilsen, 26. September. Vor einem Senat des hiesigen Kreisgerichtes wurde über den 42-jährigen beschäftigungslosen Musiker Albert Florl und den 43-jährigen Seifenfabrikbesitzer Johann Klinger, beide aus Joachimsthal, das Urteil gesprochen. Die Anklage der Staatsanwaltschaft in Eger beschuldigte Florl des Verbrechens nach § 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik und Klinger des gleichen Verbrechens und des Verbrechens nach § 16 und 14 des Gesetzes zum Schutze der Republik sowie zweier Übertretungen. Mit der Verhandlung des Prozesses wurde das Kreisgericht in Pilsen betraut, das zur Erledigung der Angelegenheit delegiert worden war. Den Vorsitz des Straßengerichtes führt Oberst Elleder.

In der umfangreichen Anklageschrift heißt es u. a., daß die Gendarmerie am 24. April d. J. sicherstellte, daß Florl von der Leitung der deutschen nationalsozialistischen Partei in Joachimsthal damit betraut wurde, Haltenkreuze mit der Aufschrift „Heil Hitler!“ herzustellen und sie an verschiedenen weithin sichtbaren Orten anzubringen. Außerdem wurde festgestellt, daß die Mitglieder dieser Bewegung die Aufgabe haben, die Fenster in den Wohnungen hervorragender Persönlichkeiten von Joachimsthal, vornehmlich von Staatsbeamten, zu zerschlagen und Dynamitbomben in ihre Wohnungen zu schleudern, welches Vorgehen die Rache für mutmaßliche Verfolgungen von Angehörigen der deutschnationalistischen Partei durch die tschechoslowakischen Behörden bilden sollte.

Auf Grund dieser Feststellungen wurde bei Florl eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der eine Reihe verschiedener Verzeichnisse gefunden wurde, die durch ihren Inhalt deutlich den Beweis für eine bedenkliche staatsfeindliche Tätigkeit Florls liefern.

Gelesen wurde insbesondere ein Verzeichnis von Joachimsthaler Tschechen, ein Verzeichnis deutscher Frauen, die an dortige Tschechen verheiratet sind, ferner ein Verzeichnis aller Mitglieder der Hitlerbewegung in Joachimsthal und der Schlüssel zu einer Geheimschrift.

Florl wurde verhaftet und gestand, daß er die Verzeichnisse von dem Joachimsthaler Fabrikanten Klinger erhalten hatte, der

Vizeobmann der deutschen nationalsozialistischen Partei in Joachimsthal und mit Rücksicht auf seine besonderen organisatorischen Fähigkeiten eigentlich deren Führer ist. Die beiden Verhafteten leugneten konsequent sowohl bei der Voruntersuchung, als auch bei der heutigen Verhandlung ihre Schuld und versuchten zu beweisen, daß es sich um eine ganz unschuldige Propagandatätigkeit handelte.

Von Klinger wurde festgestellt, daß er sich in engster Fühlung mit Haltenkreuzlerorganisationen in Deutschland, insbesondere in Sachsen befindet. Es wurde bei ihm anlässlich der Hausdurchsuchung eine Menge überführenden Materials gefunden, u. a. ein Brief Peter Donnhäuser, der die schwersten Beleidigungen der tschechoslowakischen Nation, des Staates und seiner Repräsentanten enthält.

Klinger plante auch eine feistliche Gedächtnismesse für Donnhäuser, der bekanntlich aus Furcht vor Bestrafung Selbstmord verübt hat. Das Proger Konsistorium verbot telegraphisch diese Gedächtnismesse. Aus der gesamten Tätigkeit Klingers und aus den beschlagnahmten Dokumenten geht hervor, daß er an der Spitze einer Bewegung stand, die gegen die Staatsform und gegen die tschechoslowakische Nationalität aufwiegelte und eine unerlaubte Tätigkeit entfaltete. Eine Reihe von Briefen, die Klinger und Florl erhielten, schlossen mit der Floskel: „Heil Hitler!“

Nach den Plaidoyers des Chefs der Staatsanwaltschaft Dr. Vujta und des Verteidigers der beiden Beschuldigten fällt das Gericht

das Urteil im Sinne der Anklage, mit welchem Florl zu schwerem Kerker von einem Jahr und Klinger zu schwerem Kerker von anderthalb Jahren, verschärft durch hartes Lager, Fasten und Einzelhaft, verurteilt werden. Den beiden Verurteilten, die sich seit ihrer Verhaftung in Haft befinden, wird die Haft in die Strafe eingerechnet. Der Verteidiger der Verurteilten brachte die Nichtigkeitsbeschwerde ein und ersuchte, daß sie bis zur Entscheidung der höheren Instanz in Freiheit gesetzt werden, wobei er bei dem Verurteilten Klinger die Erlegung einer Kaution anbot. Das Gericht gab nach einer Beratung dem Proiekt des Prokurators statt und lehnte das Ansuchen des Verteidigers ab. Das Gericht entschied, daß beide Verurteilte in Haft bleiben

## Eine Lehre

Inmitten der durch Europa gehenden Hochflut des Faschismus hat die Züricher sozialdemokratische Arbeiterschaft eine Wohlthat geahndet, die auch unfernt nach einer Vermählung mit dem Faschismus rufen den deutschen Bürgertum zu denken geben konnte.

Der tolle Marzistenhaß, fliehend aus dem Streben, die Weltwirtschaftskrise durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft und Vernichtung ihrer sozialpolitischen Errungenschaften zu lösen, wobei die politische und gewerkschaftliche Macht der Sozialdemokratie das stärkste Hindernis bildet, ist gegenwärtig Trumpf. Weil in Deutschland, in einem völlig zermürbten Volke, das verzweifelt nach einem letzten Ausweg suchte, es dem Hitlerismus gelang, durch einen Vertrag von geradezu weltgeschichtlicher Größe und durch bestialisches Terror die organisatorischen Formen des Sozialismus zu vernichten, glaubt man auch bei uns im Nationalsozialismus, der über das gebrauchsfertige Arsenal lügenhafter Phrasen verfügt, das Werkzeug zur Vertilgung des „Marxismus“ gefunden zu haben.

In früherer Zeit konnte das Bürgertum nicht genug der verschiedenen politischen Parteien besitzen, jetzt, wo diese von der Konjunktur profitieren möchten, sehnen sie sich nach der unlickst einformigen Uniformierung entsprechend dem hitlerdeutschen Muster. Die politischen Parteien, die doch im wesentlichen der natürliche Ausdruck der Klassenschichtung der Gesellschaft sind, sind ihres Daseins müde geworden, etliche von ihnen sind freudig bereit, ihr Eigenleben aufzuopfern, die anderen möchten je eher je lieber einer „Front“ sich eingliedern, wenn nur erst gewisse Vorurteile, die ihnen der Ablauf der Ereignisse in Deutschland eingefloßt hat, beseitigt wären. Die deutsche Sozialdemokratie, die weitaus stärker unter den sudetendeutschen Parteien — welche Schmach in einer Zeit, da der Marxismus in Deutschland unter dem Jubel des „erwachten Deutschland“, das ist unter dem Weifallsgehosse von Millionen Fanatismus-Besessener zum Schafott geschleppt werden konnte! Und nun glaubt ein Teil der politischen Führer unseres deutschen Bürgertums, der gleichfalls vom „Niederwerfen“ und „Ausrotten“ des Marxismus träumt, man brauchte nur die Methoden des Sakentkruzifaschismus nachzuahmen, vor allem mit dem „Parteiunweien“ aufzuräumen, dann werde es möglich sein, mit vereinter Kraft die Sozialdemokratie niederzurennen.

Auch der Großteil des Züricher Bürgertums hat, che er am Sonntag zur Wahl der neuen Gemeindevertretung schritt, dies geglaubt und gehofft. Dies sieht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Einbruch der Wirtschaftskrise in die Schweiz und dem Zehnen des schweizerischen Bürgertums, auch hier den arbeitenden Klassen die Hauptlast der Sanierung der Wirtschaft aufzubürden. Ganz im Geiste und Tone des Nazifaschismus wurde von „Neugestaltung des Landes“ und von „schweizerischer Erneuerung“ deflamiert, obwohl alles nur darauf hinauslief, der Sozialdemokratie und damit der schweizerischen Arbeiterklasse eine empfindliche Niederlage zuzufügen. Die rote Gemeindemehrheit von Zürich, der weitaus größten schweizerischen Stadt, zu zer schlagen, das sollte den Auftakt zur erhofften Aufräumung mit dem Marxismus im ganzen Lande bilden. Mit der einzigen Ausnahme der Demokratischen Partei, die sich zum Unterschied von unserer Deutschdemokratischen Freiheitspartei noch Sinn für wirkliche Freiheit und Demokratie bewahrt hat, schlossen sich alle Bürgerparteien mit dem Faschismus zu einer „Front“ zusammen. Aller Kampf unter ihnen sollte vermieden, alle Kräfte zum vernichtenden Schlage gegen die rote Gemeindemehrheit vereinigt werden, die sie als Stachel im Fleische empfanden. Alle Parteiunterschiede und Gegensätze waren ver-









